



Brüssel, den 14. April 2009

Kfz-Besteuerung: Europäische Kommission bittet Frankreich um Auskunft über die sog. Malus-Steuer

Die Kommission hat an Frankreich ein förmliches Auskunftersuchen mit der Bitte um Erläuterungen zu der sog. Malus-Steuer gerichtet, die in Frankreich bei der Erstzulassung eines Kraftfahrzeugs fällig wird. Nach Auffassung der Kommission werden durch die Methode der pauschalen Berechnung der Wertminderung Gebrauchtfahrzeuge, die aus einem anderen Mitgliedstaat nach Frankreich eingeführt werden, diskriminiert. Dabei beanstandet die Kommission weder die sog. Malus-Steuer auf Neufahrzeuge noch deren Zweckbestimmung. Das förmliche Auskunftersuchen ergeht in Form eines Aufforderungsschreibens, der ersten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-Vertrag. Geht binnen zwei Monaten bei der Kommission keine zufriedenstellende Antwort Frankreichs ein, kann sie die zweite Phase des genannten Verfahrens (mit Gründen versehene Stellungnahme) einleiten und als letzten Schritt den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anrufen, damit die strittige Rechtsvorschrift geändert wird.

Die Kommission unterstützt alle Initiativen, die einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Allerdings müssen dabei die einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften eingehalten werden, wie der Grundsatz der Nichtdiskriminierung von Waren aus anderen Mitgliedstaaten (Artikel 90 EG-Vertrag).

Aufgrund eines in Frankreich gültigen Gesetzes wird bei der Erstzulassung von Privatfahrzeugen mit besonders hohem Schadstoffausstoß eine sog. Malus-Steuer erhoben.

Die Kommission erhebt keinen Einwand gegen die Anwendung dieser Regelung auf Neufahrzeuge oder gegen deren Zweckbestimmung.

Sie beanstandet jedoch eine Einzelbestimmung dieser Regelung und ersucht Frankreich, diese unter Berücksichtigung der nachstehenden Argumente zu ändern.

Nach Auffassung der Kommission werden Gebrauchtfahrzeuge, die aus einem anderen Mitgliedstaat nach Frankreich eingeführt werden und dieser Steuer unterliegen (10 %ige Steuersenkung pro Jahr nach der Erstzulassung), aufgrund der in Frankreich angewandten Methode zur Anrechnung der Wertminderung diskriminiert, was im Widerspruch zu Artikel 90 EG-Vertrag steht.

Dazu weist die Kommission darauf hin, dass eine pauschale lineare Wertminderung um jährlich 10 % vor allem in den ersten Jahren nicht der tatsächlichen Wertminderung entspricht. Wird nur ein einziges Kriterium angewendet (und z.B. der Kilometerstand nicht berücksichtigt), ist es unmöglich, eine über die normale Fahrleistung hinausgehende Nutzung mit einer ebenfalls das Normalmaß übersteigenden



Wertminderung zu berücksichtigen. Frankreich hat zudem keine Möglichkeit vorgesehen, dass Eigentümer die Anwendung dieser Pauschalberechnung unter Hinweis auf die tatsächliche Wertminderung des Fahrzeugs beispielsweise durch Einholung eines Sachverständigengutachtens anfechten können.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) ist es den Mitgliedstaaten nicht untersagt, bei der Zulassung von Gebrauchtfahrzeugen aus anderen Mitgliedstaaten eine Steuer zu erheben, sofern diese Steuer mit Artikel 90 EG-Vertrag übereinstimmt (Nichtdiskriminierungsprinzip).

Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs macht die für einen Neuwagen entrichtete Zulassungssteuer einen Teil seines Handelswertes aus, und die Mitgliedstaaten müssen bei der Berechnung dieser Steuer auf Gebrauchtfahrzeuge, die aus einem anderen Mitgliedstaat eingeführt werden, die tatsächliche Wertminderung des Fahrzeugs berücksichtigen.

Nach Auffassung des Gerichtshofs impliziert die unmittelbare Wirkung des Artikels 90 EG-Vertrag schließlich, dass ein Eigentümer die Möglichkeit hat, die Vereinbarkeit der nationalen Regelung der Besteuerungskriterien anzufechten. Voraussetzung dafür ist aber in jedem Fall, dass das Kriterium oder die Kriterien, auf denen die Berechnung des Wertverlusts beruht, öffentlich bekannt gemacht werden.

Bei der Kommission wird dieser Fall unter dem Aktenzeichen 2008/4221 geführt.

Die Kommission verweist darauf, dass ein Mitgliedstaat durch ein Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 226 EG-Vertrag dazu veranlasst werden soll, nationale Rechtsvorschriften, die nicht mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen, zu ändern. Steuerpflichtige, die die Erstattung von Steuern beantragen, die nicht mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen, müssen ihre Rechte vor den zuständigen nationalen Gerichten geltend machen.

Sie finden Informationen zu den Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der Kraftfahrzeugbesteuerung unter:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/other_taxes/passenger_car/index_de.htm

Für Pressemitteilungen zu Vertragsverletzungsverfahren in den Bereichen Zollunion und Steuern siehe:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

Neueste allgemeine Informationen über Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/community_law/index_de.htm

Maria Assimakopoulou 32 2 295 98 42